Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 110. Freitag den 1. März 1901. 95. Jahrgang.

Die Studentenbewegung in Rußland.

Man schreibt uns: Als die ersten Nachrichten über den Ausbruch von Studentenunruhen an der Kijewer Universität an die Oeffentlichkeit drangen, legte man der Sache keine zu große Bedeutung bei. Ausschreitungen der Studenten sind in Rußland nicht ungewöhnlich, und zumal im Laufe der letzten Jahre hatte sich die Erregung auf verschiedenen Universitäten wiederholt, wenn auch lärmend, so doch ohne Gefahr für die staatliche Einheit geltend gemacht. Im Kijewer Falle erließ das Ministerium sofort eine Bekanntmachung, in der es die Tumulte, trotz des Eingriffes des Militärs, als verhältnißmäßig harmlos, jedenfalls als bedeutungslos für die akademischen Verhältnisse und die allgemeine Sicherheit hinzustellen suchte. Eines freilich fiel sogleich auf: die merkwürdige Härte der dem Theilnehmern an den Ausschreitungen ertheilten Strafen. Bekanntlich wurden hunderte von Studenten strafweise in die Armee eingereiht, um als gemeine Soldaten längere oder kürzere Zeit zu dienen. Die Art der Beahndung, welche zuletzt unter dem Urgroßvater des regierenden Kaisers zur Anwendung gekommen war, erweckte die Vermuthung, daß die Kijewer Krawalle denn doch einen ernsteren Hintergrund besitzen, als man zuzugeben für nöthig fand. Diese Voraussetzung fand später darin ihre Bestätigung, daß strenge Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Kijew ergriffen wurden und daß auch in den Hauptstädten Petersburg und Moskau eine unverkennbare Gährung sich bemerkbar machte. In Moskau ist es ebenfalls zu Ausbrüchen gekommen, die, wiewohl sie auch nicht den Umfang wie in Kijew annahmen, doch die Abhaltung der Vorlesungen eine Zeit lang verhinderten; und in Petersburg hat man im Hinblick auf die Stimmung der Studenten von einer officiellen Feier des Stiftungstages der Universität in diesem Jahre abgesehen.

Alle diese Momente sprechen dafür, daß die russische Studentenbewegung, wie sie auch jetzt wieder hervorgetreten ist, nicht als etwas Künstliches und Vorübergehendes angesehen werden kann, sondern auf tiefere Ursachen zurückgeführt werden muß. Sie ruht zum großen Theil ebenso wie in den 60er und 70er Jahren in socialen Mißständen. Der Kampf ums Dasein, den die vielfach aus niederen und unbemittelten Classen der Bevölkerung hervorgegangenen Studenten führen müssen, der sie in ihren Arbeiten hindert und sie nicht selten zum vorzeitigen Verlassen der Hochschule zwingt, ist es vor Allem, der die Erbitterung in den jugendlichen Gemüthern erzeugt und sie veranlaßt, auf ihre Art zur Selbsthilfe zu greifen. Sicher ist ferner, daß die russischen Studenten sich in einer ungewöhnlichen Abhängigkeit von der Staatsgewalt befinden, die sie bei jeder Gelegenheit eine drückende Bevormundung fühlen läßt. Letzteres aber giebt gewöhnlich nur den äußeren Anstoß zum Ausbruch der lange aufgespeicherten Erregung. Wer die Geschichte der Studentenunruhen in Rußland verfolgt, der macht die Erfahrung, daß gerade unter der Regierung Alexander's II., eines milden und aufgeklärten Herrschers, dem die Universitäten und nicht zum Geringsten die Studenten für die Gewährung der Freiheiten und verschiedenen Vorrechte Dank schuldig sind, die Bewegung einen direct staatsgefährlichen Charakter angenommen hatte. Ja unter Denen, die dem Zaren nach dem Leben trachteten und die an seiner Ermordung theilgenommen haben, befanden sich Personen, welche das Gift des Nihilismus als Studenten in sich aufgenommen hatten. Die Strenge, ja Härte des dritten Alexander ließ es dagegen niemals zu wirklichen Ausschreitungen kommen, und erst unter dem milden Nikolaus II. beginnt sich das Schauspiel aus den 70er Jahren zu wiederholen.

Versammlungsfreiheit in unbeschränktem Maße gehört bekanntlich ebenso wie die Professorenwahl durch die akademischen Senate und Aufhebung der administrativen Verschickung zu den von der Studentenschaft erhobenen Forderungen. Der letztere gehört allerdings zu den Selbstverständlichkeiten, über die zweite kann man verschiedener Meinung sein. Was dagegen die Versammlungsfreiheit anbelangt, so wird sie von den Studenten bereits in ausgedehntem Maße ausgeübt. Die Ausschreitungen in Kijew haben sich gerade auf Versammlungen ereignet, die lediglich deshalb abgehalten wurden, um einen unbeliebten Professor zum Einstellen seiner Vorlesungen zu bewegen. An den Zusammenkünften hat Niemand Anstoß genommen, wohl aber an der Art, wie man sie veranstaltete und wie die Einberufer sie schließlich sich entwickeln ließen.

Es giebt nichts Verkehrteres, wenn man deutsche und russische Studentenverhältnisse mit einander vergleichen will, wenn man die ernsten, von Politik sich möglichst fern haltenden Bestrebungen auf deutschen Hochschulen der unreifen, unklaren, vielfach geradezu kindischen Bewegung der Russen an die Seite stellt. Das einzige Mittel, um im Zarenreiche die Zerfahrenheit der Studenten zu beseitigen und sie allmählich zu zuverlässigen Elementen zu machen, besteht in der Besserung der schwierigen socialen Zustände, aus denen die tumultuirenden Jünglinge stammen und unter denen sie theilweise noch auf der Hochschule leben müssen. Dazu gehört gewiß die Förderung der allgemeinen Volksbildung, welche die Regierung schon seit längerer Zeit energisch in die Hand genommen hat und die mit der Zeit gewiß günstige Erfolge aufweisen dürfte. Aber damit allein ist noch wenig gewonnen. Man muß vielmehr sich Mühe geben, die materielle Noth, unter der nicht nur die Studenten leiden, sondern die auch auf den Angehörigen der meisten von ihnen lastet, nach Möglichkeit zu lindern. Auf zahlreichen Universitäten hat man deshalb die Studentencomitée ins Leben gerufen und Gesellschaften gegründet, die die Studenten einerseits mit Lehrmitteln unterstützen, andererseits die Möglichkeit bieten, ihre Ausgaben für das tägliche Leben auf das geringste Maß einzuschränken. Selbstverständlich können sich die wohlthätigen Wirkungen dieser Einrichtungen nur langsam äußern; vorläufig ist jedenfalls fast nichts zu spüren; und was die Anordnung des Ministers für Volksaufklärung aus dem Jahre 1899 betrifft, die Professoren sollten versuchen, nähere und freundlichere Beziehungen zu den Studenten anzuknüpfen, um über ihre Bedürfnisse unterrichtet zu sein und, wo es angehe, helfend einzugreifen, so scheint es, als sei sie auf dem Papier geblieben. Leider deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Regierung in der Behandlung der Studentenfrage mit sich durchaus nicht einig ist, und daß das harte und das milde Princip abwechselnd und widerspruchsvoll zur Anwendung kommen. Dadurch wird erst recht den unruhigen Elementen neue Nahrung zugeführt.

Wahrscheinlich wird noch lange Zeit vergehen, bevor die russische Studentenbewegung in friedlichere Bahnen einlenkt. Im Augenblick bildet sie vielleicht keine unmittelbare Gefahr für die Staat als solchen, aber sie kann durch das Ungeschick der leitenden Kreise leicht dazu werden. Ein Ausblick in die Zukunft ist deshalb nicht leicht. Erkennt man in Petersburg die Nothwendigkeit von Reformen und nimmt man sie energisch in Angriff, so muß die Erregung der Studenten nachlassen. Die bisherige Haltung des Ministeriums gestattet aber nicht, sich nach dieser Richtung allzu großen Hoffnungen hinzugeben.

Der Krieg in Südafrika.

Louis Botha.

* **London**, 28. Februar. Mehrere Abendblätter melden, General Louis Botha habe sich heute Vormittag vor 10 Uhr dem General Kitchener formell ergeben.

F. **London**, 28. Februar. (Privattelegramm.) **Auf Anfrage versichert das Kriegsamt, von der Uebergabe Botha's, welche hier angekündigt wurde, nichts zu wissen.**

Capcolonie.

* **De Aar**, 27. Februar. („Reuter's Bureau".) Nach den letzten Mittheilungen lagerten Dewet und Steijn mit dem Gros des eigenen und des Herzog'schen Commandos am Südufer des Oranje und warteten eine Gelegenheit ab, den Fluß zu überschreiten, der jetzt unpassirbar ist.

* **Cradock**, 26. Februar. (Reuter.) Wie aus Middelburg verlautet, haben die Boeren am letzten Freitag die Station Roodenhoogte an der Linie Rosmead-Graafreinet in Brand gesteckt. Es entspann sich ein heftiges Gefecht, in dem die Boeren zurückgetrieben wurden. An derselben Linie wurde später bei Jakpoort ein Gefecht geliefert.

Englische Ritterlichkeit.

Der „Morning Leader" schreibt unterm 27. Februar Folgendes:

„Vor einigen Tagen lenkte der Abgeordnete Lloyd-George die Aufmerksamkeit des House of Commons auf eine Proclamation des Generals Bruce-Hamilton, in welcher dieser Officier verkündete, daß die Frauen der noch im Felde stehenden Burghers, welche von einer Armee wie Viehherden in große Lager getrieben worden waren, auf unzureichende Rationen von Lebensmitteln gesetzt und gehalten würden, um auf diese Weise ihre Männer zur Uebergabe zu zwingen. — Zunächst simulirte unsere Regierung indignirten Unglauben, dann gab sie zu, daß diese Proclamation allerdings erlassen worden, aber nicht den Beifall des Lord Roberts gefunden habe. — In der gestrigen Parlamentssitzung mußte Mr. Brodrick jedoch zugeben, daß ein solches System, wenn es auch angeblich der humanen Gesinnung des früheren Obercommandirenden gegen den Strich ging, trotzdem in ganz Südafrika gang und gäbe ist. Es sei schwierig, so hören wir, Alle zu füttern, und deshalb wird ein Unterschied gemacht zwischen „solchen Boerenfrauen, welche mit ihren Männern oder Vätern capitulirten, und solchen, welche ihre Verwandten noch im Felde haben". — Das meint also klipp und klar, daß viele dieser bedauernswerthen Frauen und Kinder einfach ungenügend genährt werden. — Ein beschämenderes Geständniß ist wohl selten von einem englischen Minister gemacht worden! — Wir haben diese Frauen mit Gewalt von ihren Heimstätten fortgerissen, welch' letztere wir zerstörten und niederbrannten, und damit machten wir uns für ihren Unterhalt natürlich selbst verantwortlich. Wir halten sie in engen Lagern und lassen sie von Schildwachen mit aufgepflanztem Seitengewehr bewachen. Sie sind also hilflose Gefangene in unseren Händen, und man mißbrauchen wir unsere Gewalt in zielbewußter Absicht und setzen sie auf Hungerrationen. Um Allem die Krone aufzusetzen, wurde gestern Abend Mr. Brodrick, als er dieses beschämende Zugeständniß machen mußte, von seinen Anhängern auf der rechten Seite des Hauses mit lautem Beifall überschüttet. Und doch protestiren wir unwillig und heuchlerisch, wenn Steijn und De Wet in ihrer Proclamation uns der Unmenschlichkeit bezichtigen, und wir wundern uns, daß die Boeren den Verzweiflungskampf bis aufs Messer fortsetzen."

Die Wirren in China.

Russisch-chinesisches Mandschurei-Abkommen.

Der Correspondent der „Times" telegraphirt unter dem 27. d. M. aus Peking den Auszug eines Abkommens, das zu unterzeichnen Rußland den chinesischen Bevollmächtigten in Petersburg, Jangjus, aufforderte. Im Allgemeinen weicht die Mittheilung wenig von den Vorschlägen des russischen Finanzministers Witte ab, wie sie die „Times" bereits am 20. Februar veröffentlicht haben. Die wichtigsten hinzugekommenen Bestimmungen und inzwischen getroffenen Aenderungen sind folgende: In Folge des ungeordneten Zustandes des Landes sollen die russischen Truppen, die die Bahnpolizei ausüben, vermehrt werden, bis die Pacificirung des Landes vollständig durchgeführt und die letzten von den Clauseln des betreffenden Abkommens ausgeführt sind. Angehörige irgend eines anderen Landes dürfen weder amtliche Stellen in der Mandschurei bekleiden, noch zur Ausbildung chinesischer Soldaten und Seeleute in Nordchina (wörtlich: in nördlichen Stellen Chinas) Verwendung finden. Die letzten vier Clauseln betreffen Folgendes: Was die Zahlung der Entschädigung für die militärischen Ausgaben Rußlands angeht, so soll sie conform mit der Entschädigung der anderen Mächte erfolgen. Die Hauptbedingungen sollen später festgesetzt werden. Bezüglich der Schadloshaltung für die Beschädigung der transmandschurischen Bahn soll China sich mit der Eisenbahngesellschaft auseinandersetzen. Diese Entschädigung soll entweder voll bezahlt werden oder es soll statt der Zahlung eine commercielle Concession gewährt werden. Schließlich bestätigt China die Zustimmung zu der ausgesprochenen Absicht Rußlands, eine Eisenbahn von der Mandschurei nach Peking zu bauen.

Das Abkommen enthält, wie den „Times" weiter gemeldet wird, noch folgende Bestimmungen. Andere Clauseln des Abkommens sind: China verpflichtet sich, keine Truppen an irgend welchem Orte zu halten, wo die Eisenbahn nicht fertig gebaut, oder der Bau nicht begonnen ist. Die höheren Beamten, die an den jüngsten Unruhen Schuld tragen, sollen degradirt werden. Rußland wird sie namhaft machen. Rußland wird bestimmen, welche Waffen die Polizeitruppen zu führen haben, die Artillerie ausgeschlossen. Kein Angehöriger eines anderen Landes kann eine officielle Stellung in der Mandschurei bekleiden. In der Mandschurei, der Mongolei und im chinesischen Turkestan dürfen keine Bahn-, Minen- oder andere Concessionen an Angehörige anderer Mächte ertheilt werden; auch darf China selbst keine Eisenbahn dort bauen. In der Umgebung von Niutschwang darf kein Landgebiet an Engländer verpachtet werden.

* **Peking**, 27. Februar. (Reuter.) Die Uebernahme der Peking-Schanhaikwan-Eisenbahn durch die englischen Behörden wurde heute beendet. Die Werkstätten in Tongschan wurden in besserem Zustande vorgefunden, als man erwartet hatte.

* **Rom**, 28. Februar. (Telegramm.) Die „Agenzia Stefani" erklärt es für vollkommen unbegründet, daß die italienische Regierung damit umgehe, von dem Gebiete an der Nimrod-Bai Besitz zu ergreifen.

Prinz Tschun.

Aus Peking, 10. Januar, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Der Besuch, den heute Vormittag, wie bereits drahtlich gemeldet, Prinz Tschun dem deutschen Gesandten abgestattet hat, ist eines der wichtigsten und bezeichnendsten Ereignisse dieses an unvorhergesehenen Entwickelungen so reichen Abschnittes chinesischer Geschichte. Noch vor einem Jahre hätte kein in China lebender Fremder es für möglich gehalten, daß ein kaiserlicher Prinz, der leibliche Bruder des Himmelssohnes selbst, zuerst und aus freien Stücken dem Vertreter einer europäischen Großmacht seinen Besuch mache. Die Geschichte der europäischen Diplomatie in China ist ja keine sehr erfreuliche Lectüre. Nirgends hat der rassenstolze Kaukasier so viel Demüthigungen eingesteckt, wie in China, nirgends haben Diplomaten zu schmachvoller Kräntung so hilflos still halten müssen, wie im Verkehr mit dem Kaiserhofe in Peking. Noch heute tritt uns die Galle ins Blut, wenn wir von der unsagbar frechen Ueberhebung lesen, womit jetzt dem Kaiser Tschängtsch alle Inhaber des Thrones der Ming und der Mandschu die Abgesandten europäischer Nationen behandelt haben, von dem dummdreisten Dünkel, der, vielleicht mit der einzigen Ausnahme von Kangchi, alle chinesischen Machthaber in den Europäern nur rohe Barbaren und minderwerthige Sklaven sehen ließ. Im Grunde genommen, waren die persönlichen Beziehungen zwischen den fremden Diplomaten und dem Kaiserhofe in Peking auf ihrem langen Zickzackwege, hin und her pendelnd zwischen zeitweiliger Gunst und demüthigender Vernachlässigung, nicht viel hinausgekommen über den Standpunct der „unterworfenen Völkerschaften", der in der bekannten Flaggeninschrift des britischen Gesandten Lord Macartney 1793 seinen bezeichnendsten Ausdruck fand, als die chinesische Regierung dem Botschafter Georg's III. die Worte „Tributbringer aus England" auf den Wimpel seines Bootes schreiben ließ. Erst das energische Auftreten des deutschen Gesandten v. Brandt und der denkwürdige Austausch von Besuchen zwischen dem Prinzen Heinrich von Preußen und dem chinesischen Kaiser selbst schufen in dem Ceremoniell des Fremdenempfanges so gründlich Wandel, daß die schmachvollen Zeiten vom Empfang der Gesandten in der Halle der unterworfenen Völkerschaften nun wohl ein für alle Mal vorüber sind. Nur wer die übermäßige Bedeutung kennt, die der Chinese, wie die meisten Asiaten, solchen Aeußerlichkeiten beimißt, wird die wirklich weltgeschichtliche Rolle verstehen können, die jener Besuch des Prinzen Heinrich für die Beziehungen zwischen China und den Mächten spielt. Nach solchem Vorgange allein war es möglich, daß heute ein leiblicher Bruder des Himmelssohnes dem hiesigen Vertreter einer europäischen Großmacht zuerst seine Aufwartung machte.

Daß gerade das deutsche Reich die bevorzugte Nation sein sollte, die diesen Triumph für sich in Anspruch nehmen darf, ist für uns natürlich besonders erfreulich, wenngleich die Ermordung des vorigen Gesandten auch nicht ohne Einfluß auf diese bemerkenswerthe Entschließung des Kaiserhofes gewesen ist. Wie weit übrigens außer Li-Hung-Tschang, der ohne Zweifel die stärkste treibende Kraft gewesen ist, den Besuch herbeizuführen, der Kaiser Kwangsü selbst oder die Kaiserin-Wittwe Antheil an dem Schritte haben, ist zur Zeit noch nicht festzustellen. Der junge Prinz Tschun machte übrigens in seiner wohlerzogenen Art ganz den Eindruck, als ob er es einfach für selbstverständlich hielte, daß er bei Herrn von Mumm seinen Besuch mache. Für den Prinzen war dies natürlich ein nicht minder wichtiges Ereigniß, als es für die deutsche Diplomatie ist. Tschun hatte, wie er sagte, noch nie einen Weißen gesehen oder gesprochen. In seinem im Nordwesten der Tatarenstadt gelegenen Palais hat er in so völliger Abgeschiedenheit von der Welt gelebt, daß er nicht einmal während des Boxeraufstandes und der Belagerung der Gesandtschaften Kunde von den blutigen Vorgängen erhielt, die sich weiter im Süden der Stadt abspielten.

Der jüngere Bruder sieht aber bedeutend frischer und aufgeweckter aus als der Kaiser. Er ist auch kräftiger und größer gewachsen als der Kaiser, wenn er auch, wie dieser, weder in der Gestalt, noch im Gesichtsschnitt für einen typischen Mandschu gelten kann. Eigenthümlich war der Aufzug, in dem Tschun auf der deutschen Gesandtschaft erschien. Anstatt der kaiserlichen Sänfte, die ihm bei seiner Jugend noch nicht zusteht, kam er in einem der gewöhnlichen Reisekarren angefahren, der sich von anderen nur durch etwas bessere Ausstattung auszeichnete. Bespannt war der Karren nur mit einem Maulesel, als Vorreiter dienten zwei Mandarine der vierten und fünften Classe, und zwei Hofeunuchen, die ebenfalls den Mandarinenhut mit der Pfauenfeder und dem Rangabzeichen der sechsten Classe trugen. In Schnitt und Stoff seines Anzuges unterschied sich der Prinz nicht von anderen vornehmen Chinesen, da er während des Besuches den Pelz nicht ablegte, waren Rangabzeichen an ihm überhaupt nicht zu bemerken, außer dem hellrothen Mandarinenknopf auf seiner Pelzkappe, der den ersten Rang verkündet. Außer ihm nahm nur noch der ranghöchste Mandarin seiner Begleitung an der Unterredung Theil, während auf deutscher Seite nur der Gesandte mit seinen beiden Legationssekretären Frhrn. v. d. Goltz und Dr. v. Bohlen und Halbach anwesend waren. Die Unterhaltung drehte sich nur um gleichgiltige Dinge. Von den jetzigen Zuständen und dem bevorstehenden Friedensschluß wurde gar nicht gesprochen. Nur einmal kam eine Anspielung darauf vor, als der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß zum Frühjahr der Hof wieder nach Peking zurückkehre. Mit größtem Interesse besah Prinz Tschun eine Büste des deutschen Kaisers, und als man ihm gesagt hatte, wen das Bildwerk darstelle, wandte er während der ganzen Unterhaltung kaum einen Augenblick die Augen davon. Die artigen Manieren, das lebhafte Wesen und das sichere, aber durchaus bescheidene Auftreten des 18jährigen Mandschuprinzen machten auf Alle den besten Eindruck. Sollte Tschun mit der Führung der in den Friedensforderungen vorgesehenen Sühnegesandtschaft nach Berlin beauftragt werden, so würde das chinesische Kaiserhaus das Glück haben, bei dieser wichtigen Gelegenheit von einem Manne vertreten zu werden, der besser als irgend ein anderes Mitglied des Hofes Zeugniß ablegen könnte für die mannigfachen sympathischen Eigenschaften, die den vornehmen Mandschu wie den gebildeten Chinesen auszeichnen.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 28. Februar. (Erzbischof von Stablewski und die polnischen Briefadressen.) Staatssekretär v. Podbielski hat in der Reichstagssitzung vom 15. Februar d. J. mitgetheilt, Erzbischof v. Stablewski habe ihn brieflich wissen lassen, daß er in Posen „seine Interessenten" angewiesen habe, „deutsch zu adressiren". Die polnischen Zeitungen stellen nun auf das Bestimmteste in Abrede, daß der Erzbischof eine derartige Verordnung herausgegeben habe; ja, noch mehr: sie bestreiten auch die Existenz einer erzbischöflichen Anordnung, wonach in Zukunft „alle Namen" von den betreffenden „Interessenten" deutsch geschrieben werden sollen. Angesichts solcher Widersprüche kann man sich nur dem Verlangen nach Aufklärung, wie es in der „Köln. Volksztg." erhoben wird, anschließen. Hätte Erzbischof von Stablewski die Absicht, die vom Staatssekretär des Reichspostamts erwähnte Anordnung zu erlassen, so müßte er diese Absicht um so rascher verwirklichen, je weniger es an Vorkommnissen fehlt, die den Verdacht hervorrufen, daß vom erzbischöflichen Stuhl in Posen in gewissem Sinne die Parole ausgegeben wurde, polnisch zu adressiren. Wir denken dabei an jene in der „Germania" abgedruckte Eingabe, die ein Posener katholischer Pfarrer an die Oberpostdirection gerichtet hat und die folgendermaßen lautet:

„Der Kaiserlichen Oberpostdirection . . . theile hierdurch mit, daß ich heute ein vom erzbischöflichen Consistorium an mich gesandtes Briefpacket erhalten habe, auf dem, trotz der letzten Bekanntmachung der Oberpostdirection, daß die Titulatur in polnischer Sprache nicht beanstandet werden wird — die Titulatur „Wielebny S M C Hiedz — Sr. Hochehrwürden" einfach vom Postbeamten durchstrichen wurde . . . Ein derartiges ordnäres Benehmen von Postbeamten sehe ich als eine grobe Beleidigung an und werde ich in künftigen Fällen auf gerichtlichem Wege Genugthuung suchen müssen."

Da die Urheber der hier in Frage kommenden polnischen Titulatur, das erzbischöfliche Consistorium, unzweifelhaft zu den „Interessenten" des Erzbischofs gehören, so liegt auf der Hand, daß einstweilen eine Anordnung des Erzbischofs von der Natur derjenigen, auf die Herr von Podbielski anspielte, noch vor ganz kurzer Frist nicht ergangen sein kann. Mit dem Erlaß einer solchen Verfügung sollte sich aber der Herr Erzbischof auch aus dem Grunde beeilen, weil er damit lediglich den Pflichten genügen würde, die er übernehmen er beim Antritt seines erzbischöflichen Amtes eidlich gelobt hat. Der preußische Bischofseid nämlich, wie er nach der Bulle de salute animarum geleistet wird, enthält folgende Stelle:

„Ich . . schwöre . . daß ich . . besonders dahin streben will, daß in den Gemüthern der meiner erzbischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und der Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden; und daß ich nicht dulden will, daß von der mir untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne gelehrt oder gehandelt werde."

Was in Bezug auf polnische Briefadressen von einem guten preußischen Unterthan verlangt wird, darüber kann nach den letzten Debatten und nach den Erklärungen des Staatssekretärs von Podbielski nicht der leiseste Zweifel bestehen. Die deutsche Reichspost erblickt in den polnischen Adressen mit Recht eine „Chikane". Es ist daher die Pflicht des Erzbischofs von Gnesen-Posen, entsprechend dem von ihm geleisteten Eide dazu beizutragen, daß die polnischen Chikaneure „gute Unterthanen" werden.

C. H. **Berlin**, 28. Februar. (Das Eindringen der Anarchisten in die socialistischen Gewerkschaften.) Die anarchistischen Versuche, in der socialistischen Gewerkschaft Boden zu gewinnen, sind trotz aller Ablenugungsversuche socialdemokratischer Gewerkschaftsapostel geglückt. Die Thatsache, daß der anarchistische Agitator Pawlowitsch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Tausende von Mitgliedern zählenden Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewählt wurde, spricht doch Bände, und wenn sich nach erfolgter Cassirung dieser Wahl in einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung Anarchisten und Socialisten die Waage hielten, so zeigt diese Thatsache, in welcher Stärke die Anarchisten in die Gewerkschaften eingedrungen sind. Jetzt ist nun endlich der Socialist Cohen gewählt; er erhielt 793 Stimmen, Pawlowitsch 454. Aber diese Niederlage des Anarchisten ist keine, wenn man bedenkt, daß die Anarchisten doch definitiv in den Vorstand gelangt sind. Man hatte den Anarchisten die Stelle eines Revisors eingeräumt, und schlankweg wurde der Anarchist Wiesenthal für diesen Vertrauensposten gewählt. In Folge dieses wohl schon vorher bekannt gewordenen Zugeständnisses ließ ein Theil der Anarchisten die Candidatur Pawlowitsch fallen. Es hat also ein ausgesprochener Anarchist in einer der größten socialdemokratischen Gewerkschaft ohne nennenswerthen Widerspruch einen Vertrauensposten erlangt. Es ist daher abscheuliche Täuschung, wenn socialdemokratische Gewerkschaftsführer unausgesetzt die alte Weise herunterleiern, Anarchisten und Socialisten ständen einander wie Feuer und Wasser gegenüber. Zu dem Ehrengeschenke für die Schriftstellerin Agnes Reinhold sind wohl die

SLUB
Wir führen Wissen.